

Initiative **M**ehrheits**W**ahlrecht und **D**emokratiereform

Demokratiefund 2021

Buch 101 Jahre Bundesverfassung. Demokratiefund und Reformanalysen – OGM-Exklusivumfrage

Alljährlich rund um den österreichischen Verfassungstag legt die Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform ihren Demokratiefund vor.

Der am 30. September 2021 vom Sprecher der Initiative, Heinrich Neisser, präsentierte 11. Demokratiefund besteht im Wesentlichen aus zwei Teilen:

1. Das **Buch „101 Jahre Bundesverfassung. Demokratiefund und Reformanalysen“**, in dem sich Mitglieder der Initiative und darüberhinaus weitere Expertinnen und Experten mit wichtigen Frage-, Aufgaben- und Problemstellungen im Zusammenhang mit Demokratie und Verfassung auseinandersetzen.
2. Der seit 2011 alljährlich erhobene **empirische Demokratiefund durch das OGM-Institut**, der eine interessante Zeitreihe der (Un)Zufriedenheit mit und des Vertrauens/Misstrauens in die Politik Österreichs und damit Handlungsanleitungen aufzeigt.

Es ist der Initiative seit ihrer Gründung 2008 ein Anliegen, einen substanziellen Beitrag zur notwendigen Stärkung einer liberalen und resilienten Demokratie zu leisten. Aus Sicht der Initiative ist ein permanenter fundierter und engagierter Diskurs, der auch die neuen Herausforderungen aufnimmt, unabdingbar. Demokratiereform ist und bleibt eine Daueraufgabe.

Initiative **MehrheitsWahlrecht** und **D**emokratiereform

Empirischer Demokratiebefund:

Vertrauenswerte 2021 gegenüber 2020 rückläufig, aber höher als in den 2010er Jahren

Kommentar Johannes Klotz, OGM

Das Vertrauen in die Politik in Österreich im Allgemeinen hat sich im Vergleich zum Vorjahr verringert, ist aber noch immer höher als in den meisten der vor Corona liegenden Vergleichsjahre.

Die Vertrauenswerte in den (im Anhang) grafisch dargestellten Vergleichsjahren 2020, 2019, 2017 und 2015 sind deutlich von den politischen Hauptereignissen dieser Jahre beeinflusst, in den meisten dieser Jahre gab es ein dominantes Thema, das die politischen Diskussionen und das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik weitgehend bestimmte. Zu beachten ist dabei ist auch der Zeitpunkt der Befragungen zum öffentlichen Vertrauen jeweils im September des betreffenden Jahres.

Diese Hauptthemen waren in 2015 der Ausbruch der Flüchtlingskrise und die permanent sinkende Zufriedenheit mit der großen Koalition der SP mit der VP, in 2017 der Obmannwechsel in der ÖVP von Mitterlehner zu Kurz mit vorgezogenen Neuwahlen und der sehr früh begonnene, intensive Wahlkampf mit starken Verschiebungen zu Gunsten der ÖVP und FPÖ und zu Lasten der SPÖ und der Grünen.

Die Wahrnehmungen der Öffentlichkeit zur Politik waren im Jahr 2019 durch den Ibiza-Skandal, Rücktritt der Bundesregierung und die darauf folgenden Neuwahlen geprägt. Das letzte Jahr 2020 war so stark wie kaum in den letzten Jahrzehnten davor (Ausnahme Ostöffnung und EU-Beitritt) durch das Monothema der Corona-Pandemie dominiert, was alle anderen politischen Themen völlig in den Hintergrund rückte.

Vor diesem Hintergrund zeigt der aktuelle Demokratiebefund 2021 wieder eine Normalisierung der Vertrauenswerte nach den überwiegend kritischen Ergebnissen in 2015 und 2017 und den hype-ähnlich hochgeschnehten Zustimmungswerten im Vorjahr im Zuge der Pandemie.

Kurz gesagt, gehen die meisten Urteile in Richtung des Jahres 2019 zurück, das aber auch bessere Ergebnisse erbrachte als die Jahre davon von 2011 bis 2018 (der Demokratiebefund wird von OGM seit 2011 jährlich erstellt, der besseren Übersicht halber werden hier nur die Ergebnisse aus 2015, 2017, 2019 und 2020 zu Vergleichen herangezogen).

Das gilt besonders für das Vertrauen in die Politik im Allgemeinen und die PolitikerInnen im Speziellen, wobei die politischen Personen in der Regel schlechter beurteilt werden als die Politik insgesamt.

Die Befragten konstatieren selbst betreffend die allgemeine Stimmung im Lande, dass sich das öffentliche Vertrauen im Vergleich zu den „guten“ Jahren 2019 und 2010 heuer verschlechtert habe – kein Wunder nach dem Impfstreit zu Beginn des Jahres, allerlei Fehlprognosen, Ibiza-Ausschuss, Chat-Protokollen, Debatten über eine mögliche Anklage des Bundeskanzlers usw. Die Problemlösungskompetenz der Bundesregierung wird heuer ebenfalls schlechter als 2020, aber etwas besser als in den Jahren zuvor bewertet. Auch für das kommende Jahr sieht eine Mehrheit von 56 Prozent die Probleme besser oder gleich gut gelöst, aber es sind schon erste Indizien für zunehmenden Pessimismus zu erkennen (Covid-endlos, Teuerung, Machbarkeit und Kosten der Energiewende).

Initiative **Mehrheits**Wahlrecht und **D**emokratiereform

Das Buch

Das von den drei Mitbegründern der Initiative Herwig Hösele, Heinrich Neisser und Klaus Poier herausgebende Buch „**101 Jahre Bundesverfassung. Demokratiebefund und Reformanalyse**“ (Leykam Verlag, 25 €) enthält neben Essays der Herausgeber Beiträge u.a. von Brigitte Bierlein, Theo Öhlinger, Anna Gamper, David F.J. Campbell, Christoph Bezemek, Kathrin Stainer-Hämmerle, Melanie Sully, Peter Plaikner, Wolfgang Bachmayer, Walter Hämmerle, Oliver Pink, Rudolf Mitlöhner, Andreas Koller, Hans Rauscher, Wolfgang Sablatnig und Christian Weniger sowie Statements von 30 österreichischen Top-Journalist*innen zum Thema.

Im Einzelnen:

Wert, Wesen und Geschichte der Verfassung und Demokratiereform und ihre Einordnung ins Zeitalter der europäischen Integration werden in den einzelnen Beiträgen (Heinrich Neisser, Oliver Pink, Theo Öhlinger, Herwig Hösele) grundlegend beleuchtet wie auch wesentliche Spezialfragen aufgeworfen.

Bei Klaus Poier sind es die fundamentalen Themen des Wahlrechts und der direkten Demokratie. Die in diesen Funktionen pionier- und vorbildhafte erste Präsidentin des Verfassungsgerichtshofes und Bundeskanzlerin, die „gelernte“ Staatsanwältin Brigitte Bierlein beschäftigt sich mit der durch die politischen Diskussionen der letzten Monate wieder besonders aktuell gewordenen Frage der Unabhängigkeit der Justiz, speziell der Staatsanwaltschaft. Anna Gamper setzt sich mit dem seit Beschlussfassung des B-VG ungelösten Problem der Funktionsweise des Bundesrates auseinander, der seine Funktion als „Länderkammer“ nur unzureichend wahrnehmen kann. Von David Campbell und Christoph Bezemek stammen Beiträge zu wichtigen demokratiepolitischen Zukunftsfragen „Jus soli“ bzw. „digitale Fragmentierung“.

Melanie Sully ist der kundige Verweis auf die „Verfassung des Vereinigten Königreiches“ und die entscheidenden Unterschiede zu Verfassungen Kontinentaleuropas und damit auch Österreichs zu danken, was wohl auch zum besseren Verständnis der Brexit-Debatte und -Entscheidung führt. Kathrin Steiner-Hämmerle fragt nach dem Verfassungsbewusstsein der österreichischen Jugend.

Peter Plaikner hat 30 österreichische Top-Journalistinnen und Journalisten nach ihren Meinungen und Einschätzungen zur österreichischen Bundesverfassung befragt und eröffnet damit jenen Buchteil, in dem weitere führende Beobachter und Kommentatoren der innenpolitischen Szene Österreichs – Walter Hämmerle, Andreas Koller, Rudolf Mitlöhner, Hans Rauscher, Wolfgang Sablatnig und Christian Weniger – ihre Sicht auf die Verfassung auch unter dem Eindruck der Pandemie darlegen. Was Österreicherinnen und Österreicher über Politik und Verfassung auch im Zeitvergleich denken, dokumentiert und interpretiert der Doyen der aktiven Meinungsforscher Österreichs, Wolfgang Bachmayer, der 1976 das OGM-Institut gründete.



Initiative MehrheitsWahlrecht und Demokratiereform

Die Ziele der Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform

Die „Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform (IMWD)“ wurde 2008 gegründet. Sie strebt eine lebendigere Demokratie und die Stärkung des Vertrauens in die Politik in Österreich an. Dazu legt die Initiative laufend Positionspapiere und Konzepte vor und führt Veranstaltungen durch. Seit 2011 wird jeweils rund um den Verfassungstag alljährlich ein Demokratiebefund präsentiert. (Details dazu und zu weiteren Aktivitäten siehe www.mehrheitswahl.at bzw. www.demokratie-reform.at)

Die IMWD erhebt schwerpunktmäßig folgende zehn Forderungen an Bundesregierung und Parlament, die auch in den Demokratiebefunden festgehalten sind:

- ein Wahlrecht, das die Bildung einer arbeits- und entscheidungsfähigen Regierung fördert
- ein persönlichkeitsorientiertes Wahlrecht
- Stärkung der direkten und partizipativen Demokratie
- die Umsetzung der jahrzehntelang versprochenen und verschleppten Staats-, Verwaltungs- und Föderalismusreform
- Stärkung der Unabhängigkeit, Vielfalt und Qualität der Medien
- Intensivierung der politischen Bildung inklusive (speziell auch digitale) Medienkompetenz
- Stärkung der unabhängigen Justiz
- eine wesentlich verstärkte Information über und ein nachhaltiger Dialog zu EU-Themen
- Einrichtung eines Demokratiebüros im Parlament
- mehr Transparenz und drastische Einschränkung des Amtsgeheimnisses

Neue Balance von selbstbewussten Parlamentarier*innen und direkter Demokratie

Es sollte bewusst sein, dass eine Stärkung der direkten Demokratie nicht „die“ Problemlösung für das politische System in Österreich ist, sondern auf sich allein gestellt Stückwerk bleiben muss. Es gilt insbesondere, die Stellung des Parlaments als dem zentralen Ort im demokratischen Prozess und das Selbstverständnis der Mandatar*innen als seine wesentlichen Akteure zu stärken. Ein persönlichkeitsorientiertes Wahlrecht, das die Abhängigkeit von Parteiapparaten verringert und eine direktere Rückkoppelung zu den Wähler*innen sicherstellt, ist daher unabdingbar.

Es ist also eine die Demokratie vitalisierende neue Balance von selbstbewussten Mandatar*innen und engagierten Bürger*innen zu finden. Das bedingt auch die Förderung von Vielfalt, Unabhängigkeit und

Qualität von Medien, die für die Demokratie systemrelevant sind, und intensiviert politische Bildung und Medienbildung in allen Lebensabschnitten sowie die Nutzung der Chancen, die die digitale Welt für Bürgerpartizipation bietet (Stichwort „liquid democracy“, open space, vgl. auch Demokratiebefund 2012). Eine starke und vitale Zivilgesellschaft ist ein starkes Fundament einer liberalen und resilienten Demokratie.

Initiative MehrheitsWahlrecht und Demokratiereform

Ein unverzichtbares Element für den notwendigen offenen demokratischen Diskurs sind parteipolitisch und wirtschaftlich unabhängige Medien. Meinungs- und Medienfreiheit sind ein zentraler Wert, der konsequent gegen alle offenen und versteckten Angriffe verteidigt werden muss. Systemrelevant für die Demokratie sind daher Qualitätsmedien und auch ein unabhängiger qualitätsvoller öffentlich-rechtlicher Rundfunk. Dieses Credo haben die Gründungsmitglieder der IMWD Gerd Bacher, Kurt Bergmann, Hubert Feichtlbauer und Bernd Schilcher nicht nur vertreten, sondern auch gelebt. Ihr Vermächtnis ist verpflichtender Auftrag für unsere Initiative, die Diskussionen darüber intensiv weiterzuführen. Die IMWD ist daher besonders dankbar, dass sich der anerkannte österreichische Medienexperte Peter Plaikner bereit erklärt hat, das Medienkapitel des Demokratiebefundes zu formulieren. Gerade auch die Corona-Krise und die kursierenden Fake News und Verschwörungstheorien haben im Jahr 2020 in besonderer Weise die Wichtigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und seriöser Medien unterstrichen.

Es bleibt eine genuine Aufgabe der IMWD, die Diskussion fälliger Reformen einzumahnen und auf deren Umsetzung zu drängen. Wir halten tiefeschürfende Debatten für notwendig und nicht nur oberflächliche Alibiaktionen. Demokratiereform ist eine Verpflichtung der Bürgerinnen und Bürger eines Gemeinwesens, und nicht nur der politischen Klasse. Entscheidungen müssen sorgfältig unter Abwägung aller Umstände verbreitert werden.

Die IMWD will dazu einen substanziellen Beitrag leisten und erwartet, dass sich Parlament und Bundesregierung dieser wesentlichen demokratiepolitischen Fragen und Reformerfordernisse im besonderen Maße annehmen.

DEMOKRATIEBEFUND 2021

INITIATIVE MEHRHEITSWAHLRECHT UND DEMOKRATIEREFORM

BENCHMARKSTUDIE 2011 BIS 2021

ÜBERBLICK ERGEBNISSE 2015, 2017, 2019, 2020, 2021

OGM
Österreichische Gesellschaft für Marketing
+43 1 50 650-0; Fax - 26
office@ogm.at
www.ogm.at

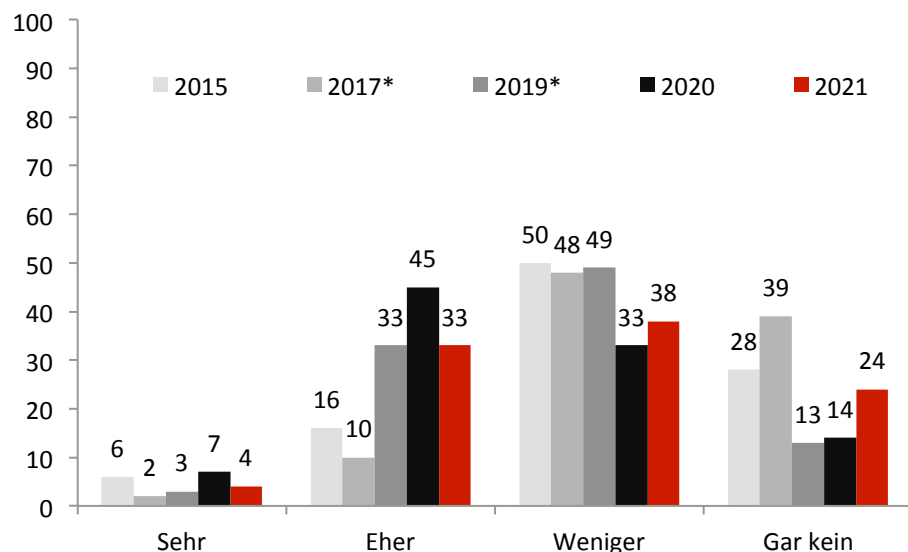
Zur Untersuchung

- ★ Auftraggeber: Initiative für Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform, 1010 Wien
- ★ Ausführendes Institut: OGM Gesellschaft für Marketing, 1010 Wien
- ★ Zielgruppe: Bevölkerung Österreichs ab 16 Jahren
- ★ Stichprobengröße, -methode: 804 Interviews online repräsentativ für die Internet-affine Bevölkerung (>90% der Gesamtbevölkerung)
- ★ Max. Schwankungsbreite: $\pm 3,5 \%$
- ★ Befragungszeitraum: 07. bis 09. September 2021

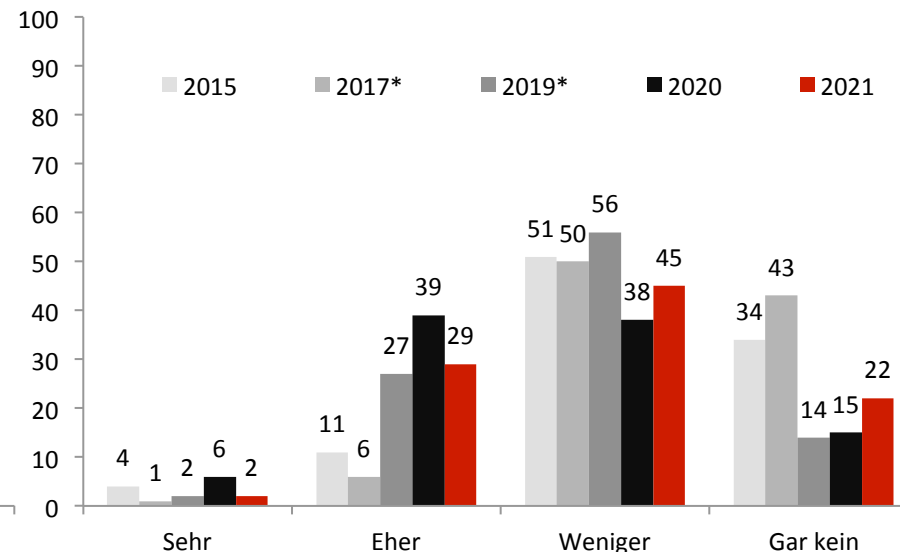
Vertrauen in Politik und PolitikerInnen

(in Prozent)

Vertrauen in Politik?



Vertrauen in PolitikerInnen?



Rest auf jeweils 100% = weiß nicht, anderes / keine Angabe

2015: Ausbruch Flüchtlingskrise

2017: Obmannwechsel ÖVP - Neuwahlen NRW (Befragung fand vor den Wahlen statt!)

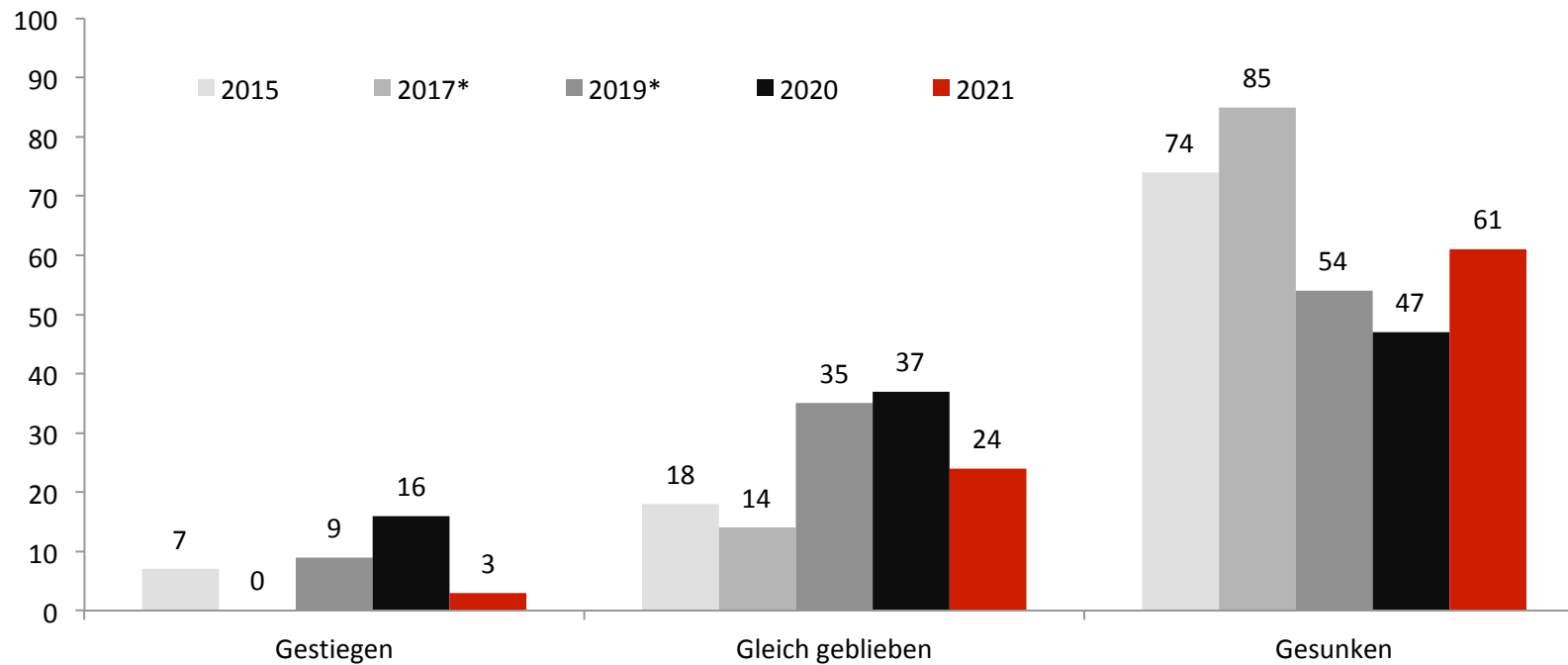
2019: Ibiza-Skandal - Neuwahlen NRW (Befragung kurz nach den Wahlen, aber vor Koalitionsbildung Türkis-Grün)

2020-2021: Corona-Pandemie (Befragung jeweils im September)

Veränderung des Vertrauens

(in Prozent)

Vertrauen in die Politik in den letzten Jahren gestiegen, gleich, gesunken?



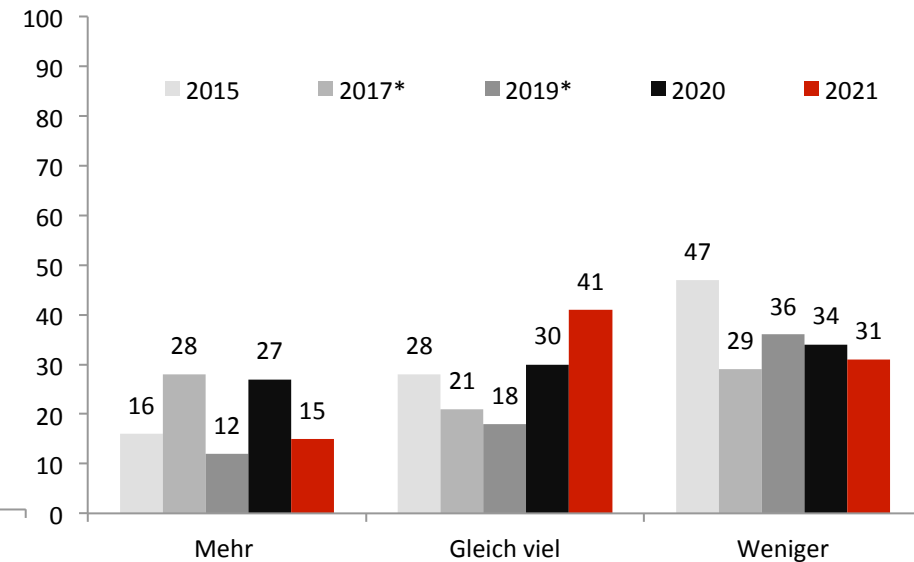
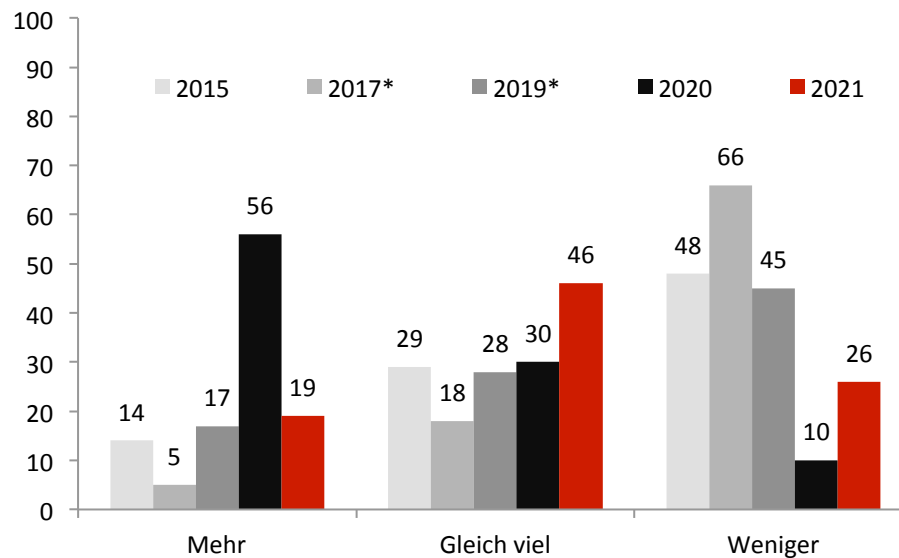
Rest auf jeweils 100% = weiß nicht, anderes / keine Angabe

Problemlösungskompetenz der Regierung

(in Prozent)

Hat die Bundesregierung in diesem Jahr mehr, weniger oder gleich viele Probleme erfolgreich zu lösen versucht als in den Jahren davor?

Glauben Sie, dass die Regierung nächstes Jahr mehr, weniger oder gleich viele Probleme erfolgreich lösen wird als in diesem Jahr ?



Rest auf jeweils 100% = weiß nicht, anderes / keine Angabe

Kommentar und Kurzfazit

- 2011 bis 2017 („Große Koalition“): anhaltende Unzufriedenheit auch aus den eigenen Wählerlagern der Regierungsparteien; Trendwende durch Kurz
- 2019: Neuwahlen nach Ibiza-Skandal
- 2020: erstmals mehrheitliches Vertrauen in die Politik (weniger in die Politiker) aufgrund der Corona-Pandemie
- 2021: Ende des überdurchschnittlichen Vertrauens, Normalisierung der Zustimmungswerte auf das Niveau vor Corona
- Impfstreit, Ibiza-Ausschuss, Chat-Protokolle etc. sorgen für eine Verschlechterung der allgemeinen Stimmung
- Problemlösungskompetenz in 2022: Vertrauensrückgang, Indizien für zunehmenden Pessimismus erkennbar